

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Staatsminister Klaus Holetschek
Abg. Ralf Stadler
Abg. Dr. Simone Strohmayr
Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo
Abg. Matthias Fischbach
Abg. Alfons Brandl
Abg. Maximilian Deisenhofer
Abg. Tobias Gotthardt
Abg. Markus Plenk
Staatsminister Dr. Florian Herrmann
Abg. Gerd Mannes
Abg. Margit Wild
Abg. Sebastian Körber
Staatsministerin Kerstin Schreyer
Abg. Josef Schmid
Abg. Verena Osgyan
Staatsminister Bernd Sibler
Abg. Manfred Eibl
Staatsminister Hubert Aiwanger

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Befragung der Staatsregierung in der Corona-Krise

Dieses Mal beginnt die AfD, gefolgt von SPD, FDP, CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIEN WÄHLERN.

Herr Staatsminister Holetschek spricht zu Beginn. Ich erteile ihm das Wort.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Sie gerne über die Beschlüsse in der letzten Sitzung des Ministerrates und die Veränderungen in der Infektionsschutzverordnung informieren. Wir haben aufgrund der guten Inzidenz, die wir im Moment haben – sie liegt unter 8; zuletzt waren wir im August letzten Jahres im einstelligen Bereich –, und des Impffortschritts bewusst das eine oder andere nachjustiert und nachgeschärft. Dies gilt zum Beispiel für die Maskenpflicht unter freiem Himmel an Schulen, Hochschulen und Kindertagesstätten, und dies gilt auch für die Maskenpflicht an Grundschulen und Grundschulstufen der Förderschulen, wenn eine 7-Tage-Inzidenz von 50 nicht überschritten wird, auch am Platz und auch für die Lehrkräfte nach Einnahme ihres Arbeitsplatzes. Ich glaube, das sind wesentliche und wichtige Veränderungen. Wir werden die Maßnahmen laufend überprüfen.

Wir haben auch bei den Sport- und Kulturveranstaltungen unter freiem Himmel nachgeschärft, was die Stehplätze angeht – das ist gerade auch für unsere Fußballvereine ein wichtiges Thema –; nun können und dürfen höchstens 100 Stehplätze mit Mindestabstand zugelassen werden.

(Unruhe)

Ich möchte noch ganz kurz zur Virusvariante Delta Stellung nehmen, falls Sie dies interessiert.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, wenn etwas mehr Ruhe einkehren würde, wäre dies gut, sodass man Ihre Ausführungen auch hören kann.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Die Virusvariante Delta ist eine Virusvariante, die auch bei uns auf dem Vormarsch ist. Wie die neuesten Zahlen des RKI zeigen, beträgt deren Anteil jetzt schon über 15 %. Auch in Bayern steigen die Zahlen. Diese Virusvariante unterscheidet sich vom Ursprungstyp dadurch, dass sie zu 97 % höher übertragbar ist. Dies ist etwas, was man genau beobachten muss. Leider haben wir insgesamt noch zu wenig Daten, auch hinsichtlich der Krankheitsverläufe. Diese Variante breitet sich aber weltweit aus. Wir müssen diese Mutation, die uns vor neue Aufgaben stellt, weiter im Blick haben, um gemeinsam die richtigen und angemessenen Maßnahmen treffen zu können.

Gut ist, dass der Impfstoff tatsächlich auch gegen diese Mutation wirkt, vor allem wenn die Impfung vollständig ist; die Impfung, wenn sie vollständig abgeschlossen ist, wirkt vor allem gegen schwere Krankheitsverläufe. Dies ist für uns mit Blick auf unser Gesundheitssystem etwas Entscheidendes.

Ich möchte abschließend allen Bürgerinnen und Bürgern dafür danken, dass sie die Maßnahmen mittragen und mitmachen. Wir sind im Moment auf einem guten Weg, müssen aber die Entwicklung in Bezug auf die Variante genau beobachten und im Lichte dieser Entwicklungen immer sehr sorgfältig, umsichtig und nach wie vor vorsichtig entscheiden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die erste Frage richtet sich an den Staatsminister für Gesundheit und kommt vom Kollegen Ralf Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Herr Minister Holetschek, jeder weiß, dass Sie die Firewall von Söder sind, wenn es darum geht, unbequeme Fragen zur Corona-Politik abzublocken. Seit Amtsantritt befolgen Sie Söders Panikmache, und das, obwohl der Inzidenzwert

täglich sinkt. Im Dezember 2020 lag in Bayern die höchste Inzidenz bei 220; mittlerweile sind wir im einstelligen Bereich. Selbst dieser Wert kann unter Umständen aufgrund falscher Positivtests als überhöht betrachtet werden.

Trotz dieses drastischen Rückgangs geht die Panikmache der Regierung ungehindert weiter – ich nenne beispielhaft die Delta-Variante. Jetzt wollen Sie sogar, dass unsere Kinder geimpft werden, obwohl STIKO und WHO davon abraten. Halten Sie es ethisch für vertretbar, trotz bestehender Negativempfehlung der STIKO auch Kinder impfen zu lassen?

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Kollege, vielleicht ist Ihnen entgangen, dass ich mich als Gesundheitsminister gerade dieser STIKO-Empfehlung angeschlossen habe, die ganz klar besagt, dass eine Impfung nur für Kinder mit Vorerkrankungen und nach gegebenem ärztlichen Rat empfohlen wird. Der Impfstoff von BioNTech ist jetzt für Kinder ab zwölf Jahren zugelassen; das ist korrekt. Im Rahmen der Zulassung kann auch geimpft werden. Wir werden aber, soweit es geht, der STIKO-Empfehlung folgen, da wir möglicherweise im Gegensatz zu Ihnen tatsächlich die Wissenschaft heranziehen, um die Maßnahmen, die wir durchführen, auch fachlich und sachlich begründen zu können.

Wenn Sie verschiedenste Virologen und Intensivmediziner in den letzten Wochen gehört haben, wissen Sie, dass wir uns im Moment tatsächlich in einer guten Lage befinden, die sich aber wieder schnell ändern kann. Deswegen ist es weiterhin wichtig, genau zu beobachten, wie sich die Mutationen weiterverbreiten, und wissenschaftliche Daten über die Schwere der Krankheitsverläufe bei Hospitalisierung zu sammeln, damit wir unser vorhandenes Maßnahmenpaket weiterhin sachgerecht anpassen können.

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Nachfrage vom Kollegen Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Herr Holetschek, wie viele Kinder wurden in Bayern in den letzten zwei Wochen mit der neuen Variante, die zuvor als südafrikanische, britische und indische Mutation deklariert wurde, angesteckt?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Die britische Variante ist nach wie vor die vorherrschende Variante. Bei Kindern ist der Verlauf oft symptomlos. Natürlich können aber Ansteckungen vorkommen, die aber bis jetzt hinsichtlich des Krankheitsverlaufes – Gott sei Dank – nicht so dramatisch sind. Bei der Delta-Variante wird gemutmaßt, dass sie auch jüngere Menschen vermehrt treffen kann. Dazu gibt es aber bislang nur wenige Daten.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage richtet sich an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus und kommt von der Kollegin Dr. Strohmayer.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Sehr geehrter Herr Minister Piazzolo, 240.000 Grundschüler und Grundschülerinnen haben in Bayern während der Corona-Zeit nicht schwimmen gelernt. Ich frage Sie: Stimmen Sie mit mir überein, dass wir nach dem Lockdown in den Schwimmbädern und in den bayerischen Schulen alles tun müssen, um unsere bayerischen Schülerinnen und Schüler das Schwimmen zu lehren, das heißt für mich: eine halbe Stunde über Wasser zu bleiben?

Ich frage Sie konkret: Wie organisieren Sie die Befriedigung des Nachholbedarfs, und konkret: Was haben Sie in die Wege geleitet? Wie binden Sie die DLRG sowie andere Vereine ein? – Sie wissen sicherlich, dass Bayern bundesweit die höchste Zahl tödlicher Badeunfälle aufweist. Das müssen wir dringend verändern.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister Prof. Dr. Piazzolo.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schwimmen ist ein ganz wichtiges Thema. Da stimme ich mit Ihnen überein. Das betrifft uns hier im Plenum jedes Jahr von Pfingsten bis

zum Sommer. Das ist selbstverständlich, weil dann die Schwimmsaison beginnt. Insofern vielen Dank für die Frage! Wir machen uns darüber nicht nur intensiv Gedanken, sondern wir haben hier sehr viele Initiativen. Die Namen sind ja schon genannt worden. Wir haben zusammen mit der Wasserwacht Bayern ein Programm; die Präsidentin übernimmt immer die Schirmherrschaft bei der Aktion "Bayern schwimmt". Wir sind intensiv dabei, für das Schwimmen zu werben.

Eine zweite Bemerkung zur genannten Zahl: Ja, in Bayern sind die Zahlen höher als in anderen Bundesländern, aber man muss natürlich auch sehen, dass Bayern ein Tourismusland ist. Es kommen sehr viele Touristen. Bayern ist auch Seenland; das ist in den anderen Bundesländern vielleicht etwas anders. Trotzdem ist das ein ganz wichtiges Thema.

Eine dritte Bemerkung: Schwimmen und Schwimmfähigkeit sind gesamtgesellschaftliche Themen. Man sollte das nicht nur bei der Schule ansiedeln; das verkürzt es zu sehr. Klassischerweise ist es so, dass man in der Familie schwimmen lernt und sich die Familien hier engagieren. Nichtsdestoweniger ist es für uns eine ganz wichtige Aufgabe. Wir schulen jedes Jahr viele Lehrerinnen und Lehrer, insbesondere im Grundschulbereich. In diesem Jahr waren coronabedingt die Hallenbäder und auch die Freibäder nicht offen; Sport- und Schwimmunterricht konnte ebenfalls längere Zeit nicht oder nur sehr eingeschränkt gegeben werden. Deswegen gibt es hier einen bestimmten Nachholbedarf; das ist uns wohl bewusst. Inzwischen sind Sport- und Schwimmunterricht wieder gut möglich und werden auch intensiv wieder angeboten.

Wir sind hier also intensiv dran und haben auch noch ein paar Wochen bis zum Sommer Zeit. Wir werden das Thema Schwimmen auch in unserem Programm "gemeinsam.Brücken.bauen" berücksichtigen. Auch hier sind bewusst Kurse für Schülerinnen und Schüler mit Lernrückständen geplant; dazu gehört auch das Schwimmen. Insofern gibt es hier eine ganze Reihe von gemeinsamen Initiativen mit den genannten Verbänden, aber insbesondere auch im Rahmen der Grundschulen, wo wir einiges machen.

Ein letzter Satz: Wir können aber natürlich nicht alles – ähnlich ist es bei der Sommerschule – innerhalb von zwei bis vier Wochen ausgleichen, was durch Corona und die Schließung der Bäder im letzten Jahr nicht möglich war. Das lässt sich nicht so schnell bewerkstelligen. Hier brauchen wir das nächste Schuljahr, aber auch die Sommerferien, in denen auch etwas dahin gehend angeboten wird.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage richtet sich auch an Sie und kommt vom Kollegen Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich interessiere mich für die Zukunft. Wir haben aktuell zwar eine super Entwicklung betreffend die Infektionszahlen – ich könnte mir bei der Maskenpflicht im Klassenzimmer noch etwas mehr in der Schule vorstellen; ich denke, Sie auch –, allerdings wissen wir auch, dass diese Zahlen aktuell durch einen saisonalen Effekt bedingt sind. Wir wissen auch, dass sich das Virus mit neuen Varianten immer weiterentwickelt. Der Bundesgesundheitsminister hat kürzlich mit Blick auf den Herbst 2021 gesagt, dass wir nicht völlig ohne Schutzmaßnahmen auskommen werden. Er hat verschiedene Punkte genannt: Maskenpflicht, Abstand, Wechselunterricht und Tests.

Daher frage ich Sie, was Sie für das kommende Schuljahr zur Absicherung planen, insbesondere in Sachen Luftfilter und Tests; denn Maskenpflicht und Wechselunterricht sollten wir nach Möglichkeit vermeiden. Das wäre für mich die Priorität. Bei den Luftfiltern wissen wir, dass nur etwa fünf von sechs Räumen mit dem in Bayern bestehenden Programm gefördert werden konnten. Hinsichtlich der Schnelltests frage ich mich auch, ob wir mit den Schnelltests weitermachen oder ob wir vielleicht auf die in den Modellprojekten getesteten Pool-PCR-Tests zumindest teilweise umstellen können. Haben Sie hier schon Möglichkeiten der Infrastruktur geprüft?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Fischbach, das sind genau die Fragen, die wir uns stellen und auf die wir uns vorbereiten. Das ist völlig richtig. Wir haben sinkende

Inzidenzen; das ist sehr erfreulich. Deswegen werden im Moment 98 % der Schülerinnen und Schüler in voller Präsenz unterrichtet. Das sind die positiven Nachrichten. Über die Delta-Variante hatten wir schon bei der ersten Frage gesprochen. Insofern gilt es, immer beides im Blick zu behalten.

Für mich persönlich als Kultusminister – wir haben das auch in der Kultusministerkonferenz entsprechend besprochen – ist der Präsenzunterricht das Wichtigste und Entscheidende. Wir wollen Präsenzunterricht, und wir wollen ihn nicht nur zu Beginn des Schuljahres, sondern auch dann ermöglichen, wenn wir in eine Phase eintreten, in der vielleicht im Herbst und Winter saisonal bedingt wieder höhere Infektionszahlen möglich erscheinen. Ich würde aber nicht gleich wieder vom Wechselunterricht reden; das hat auch der Bundesgesundheitsminister schon wieder etwas relativiert. Unser Ziel ist voller Präsenzunterricht. Ihn bereiten wir auch vor.

Nichtsdestoweniger ist es immer wichtig, dass man auch andere Szenarien im Blick behält. Da haben Sie mit Ihren Fragen recht. Um den Präsenzunterricht abzuhalten, sind es genau die geschilderten Mittel, die wichtig sind und die wir weiter in der Schule einsetzen werden. Das heißt: Es gibt unseren Rahmenhygieneplan, den wir je nach den Erfahrungen der Wissenschaft immer wieder nachschärfen; er wird weiterhin gelten. Natürlich ist auch das Lüften ganz wichtig, egal wie man zu Luftfiltern steht. Sie selbst wissen ja, dass die meisten Bundesländer kein Programm aufgelegt haben, weil sie das kritisch sehen; wir haben das getan. Aber das Lüften ist ganz entscheidend. Hinzu kommt natürlich auch das Testen. Das ist selbstverständlich ein ganz wichtiges Mittel in der Schule. Das hat die Sicherheit weiter erhöht und die Möglichkeit gegeben, auch mehr Kinder und Jugendliche in den Präsenzunterricht zu bringen. Im Bereich des Testens sind wir immer in enger Absprache mit dem Gesundheitsministerium und bei einer Weiterentwicklung. Selbstverständlich gibt es entsprechende Pilotversuche zum Pooling, zu den Lolli-Tests und zu anderen Dingen.

Ich persönlich bin – und noch intensiver ist das der Gesundheitsminister – im engen Austausch mit denjenigen, die diese Projekte durchführen. Sie sind auch ausgeweitet

worden, wie man in verschiedenen Landkreisen sieht. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir in dieser Richtung mehr machen und auch einen entsprechend immer größeren Erfahrungshorizont bekommen. Ähnlich ist es bei den Luftfiltern. Sie wissen, dass das zu Recht im Zuständigkeitsbereich der Schulaufwandsträger liegt, weil sie die Situation vor Ort kennen. Sie kennen die vielen Schulen und Klassenräume und wissen in Zusammenarbeit mit den Schulleitern, wo und wie der Einsatz von Luftfiltern sinnvoll ist.

Wir hatten in Bayern zu diesem Thema zwei Programme hintereinander gestaffelt. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir hier auch noch einmal die Kommunen unterstützen. Es gibt also ein Zusammenspiel von ganz unterschiedlichen Maßnahmen zur Sicherung und zur Hebung der Sicherheit bei den Schülerinnen und Schülern. Es gibt auch ein Zusammenspiel der Zuständigen; angefangen beim Bund, der ein Programm für statische Luftfilteranlagen aufgelegt hat, bis zur Landesebene, für die wir zuständig sind, aber auch die Kommunen. Mit diesem Gesamtpaket können wir unsere Schülerinnen und Schüler schützen. Es war und ist so, dass Schule mit den von uns ergriffenen Maßnahmen zwar ein sicherer Ort, aber im Moment kein absolut sicherer Ort ist. Insofern ist es wichtig, die Sicherheit immer noch mehr zu erhöhen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Es gibt eine Nachfrage vom Kollegen Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Staatsminister, vielen Dank, aber ich muss festhalten: Es ist an einigen Stellen noch etwas zu unkonkret. Ich habe bei der Thematik der Tests nur gehört, dass Sie in Gesprächen sind. Ich will nur darauf hinweisen: Wenn wir im September wieder mit der Schule starten wollen, dann sollten die Tests auch da sein. Ich brauche nur daran zu denken, wie lange die Bereitstellung der Schnelltests gedauert hat und was das bedeutet hat. Wir konnten nicht einmal ein normales Vergabeverfahren machen, sondern es wurde quasi direkt vergeben. Es wurden mehrere

zweistellige Millionenbeträge vom Gesundheitsministerium vergeben. Das ist aus Sicht des Steuerzahlers nicht das Optimale. Daher erwarte ich eigentlich, dass Sie an dieser Stelle klarer sagen können, wie die Strategie ist, weil Sie auch Ausschreibungsfristen beachten müssten.

Gleiches trifft auch auf die kommunalen Sachaufwandsträger zu. Da haben Sie jetzt gesagt: Ich kann mir gut vorstellen, die Kommunen da noch mal zu unterstützen. – Versetzen wir uns doch mal in einen lokalen Gemeinderat hinein. Der hat dieses Jahr vielleicht noch eine Sitzung vor der Sommerpause. Dann ist schon wieder September. Auch der Gemeinderat muss die entsprechenden Anlagen ausschreiben. Da würde ich mir eigentlich erwarten, dass da relativ schnell etwas kommt. Sie haben an dieser Stelle zu Recht auf das Bundesprogramm verwiesen. Das ist allerdings nur für die Förderung von neuen Anlagen für Einrichtungen mit Kindern bis zu zwölf Jahren gedacht.

Da frage ich Sie: Was ist denn zum Beispiel mit beruflichen Schulen? Wollen wir die denn nicht auch fördern? Will das Land Bayern denn nicht schneller anfangen, auch da Unterstützung zukommen zu lassen? Wir hatten Kommunen, die sicherlich auch aufgrund von finanziellen Problemen, weil da eine 50-%-Beteiligung gefordert war, an der zweiten Runde bei den Raumlufreinigern nicht teilnehmen konnten. Daher würde ich mir da konkretere Angaben wünschen, und das relativ schnell.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Vielleicht noch mal deutlich gemacht: Die Kommunen sind zuständig. Wenn Kommunen bei allem, wofür sie zuständig sind, erst mal warten würden, ob sie der nicht zuständige Freistaat unterstützt, ehe sie etwas tun, dann sähe Bayern anders aus. Unsere Kommunen sind sehr selbstbewusst, achten auch auf ihre Kompetenzen und bringen in ihren Zuständigkeitsbereichen vieles voran.

Ich war gestern in Schwaben und habe dort die digitalen Bildungsregionen ausgezeichnet. Da merkt man, was unsere Landräte und Bürgermeister vor Ort und die Regierung zustande bringen. Ich will mich an dieser Stelle mal dafür bedanken. Auch bei

der Digitalisierung gilt der Staatsaufbau. Wir haben keinen zentralistischen Staat, sondern einen Staatsaufbau mit unterschiedlichen Aufgaben, die auf unterschiedlichen Ebenen wahrgenommen werden. Auch bei der Digitalisierung leisten die Kommunen Großes, natürlich im Zusammenspiel mit uns.

Deshalb haben wir gerade in der Pandemie die Kommunen mit zwei Programmen unterstützt, die übrigens unterschiedlich angenommen worden sind. Es gab Kommunen, die das intensiv angenommen haben. Es gab andere, gerade bei den Lüftern, zum Beispiel die Landeshauptstadt München, die ganz lapidar gesagt hat: Bei uns können an allen Schulen alle Räume gelüftet werden. Deshalb brauchen wir das nicht. – Ich sehe es ein bisschen anders. Ich komme aus München. Ich kenne ein paar Orte. Aber das ist die Meinung des Oberbürgermeisters und der Mehrheit des Stadtrats. Das kann sich aber auch wieder wandeln. Nur sind das Entscheidungen, die vor Ort getroffen werden und die wir dann entsprechend unterstützen. Da haben wir zwei Programme aufgelegt; die hatte ich genannt. Die sind weitgehend ausfinanziert gewesen, aber sie waren auch nicht überzeichnet. Insofern werden wir da die Kommunen wieder ermuntern. Ich hatte es deutlich gesagt: Ich kann mir ein Programm in dieser Richtung vorstellen. Aber niemand von uns hindert die Kommunen daran, dort tätig zu werden.

Sie sprechen noch einmal den Bereich der Tests an. Bayern war mit das erste Bundesland. Andere Bundesländer haben die Bestellung nicht hinbekommen. Ich nenne jetzt keine Namen. Wir sind damals vor Ostern bewusst mit einer zweiwöchigen Phase gestartet. Wir haben gesagt, das ist eine Testphase für die Schulen, nach Ostern werden wir es entsprechend ausgestalten. Das hat funktioniert. Natürlich musste in der Corona-Pandemie mal etwas auf verkürztem Weg beschafft werden, weil man schnell sein muss. Wir haben aber – Kollege Holetschek weiß das noch besser – angemessen beschafft, damit es bis zum Sommer reicht, und das reicht auch. Natürlich muss dann – und wir tun das auch – für die Zeit nach den Sommerferien entsprechend nachbestellt werden. Sie sagen zu Recht: Dann besteht auch eine andere Ausgangslage.

Noch einmal in Erinnerung gerufen: Als wir das begonnen haben und entschieden haben, waren die Tests nur für Über-15-Jährige zugelassen. Genau bei der Entscheidung kam plötzlich die Zulassung auch für die Unter-15-Jährigen. Da haben wir sofort entschieden und gesagt: Dann machen wir es für die Unter-15-Jährigen auch. – Jetzt sind wesentlich mehr Tests zugelassen. Am Anfang waren es nur zwei, dann drei. Die Namen nenne ich jetzt nicht. Heute gibt es unterschiedliche Tests in einer großen zweistelligen Zahl. Deshalb muss man in der Entwicklung immer dranbleiben und entsprechend Vergaben machen. So verbreitet es sich. Deshalb nehmen wir natürlich auch andere Anbieter und andere Verfahren mit hinein. Auch da ist es wesentlich breiter. Da gibt es, wie ich vorhin schon erwähnt hatte, Studien, Pilotstudien und Pilotversuche, die in einigen Landkreisen, gerade was den Grundschulbereich anbetrifft, schon sehr weit ausgreifen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage richtet sich an den Gesundheitsminister und kommt vom Kollegen Alfons Brandl.

Alfons Brandl (CSU): Sehr geehrter Herr Staatsminister Holetschek, meine Frage bezieht sich aufs Impfen. Die Frage lautet: Wie hat sich der Impffortschritt in Bayern bzw. in Deutschland in den letzten Wochen entwickelt?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Kollege Brandl, das Thema Impfen ist im Moment tatsächlich das entscheidende Thema in dieser Pandemie. Deswegen ist es wichtig und richtig, dass wir das mit aller Macht nach vorne treiben. Es hängt nach wie vor vom Zulauf des Impfstoffs ab. Wir wissen, dass das Thema des Impfstoffes und die Frage, wann was verfügbar ist, das ganze Impfgemeinschaft mitbeherrschen. Wir haben in dieser Pandemie zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir immer wieder unterschiedlich aussteuern mussten. Am Anfang waren wir froh, dass wir sehr viele Erstimpfungen durchgeführt haben, die auch gegen schwere Krankheitsverläufe geschützt haben. Heute merken wir, dass, wenn die Delta-Variante

kommt, nur ein vollständiger Impfschutz tatsächlich ein hochwirksamer Impfschutz ist und zu 90 % gegen schwere Krankheitsverläufe schützt.

Wir haben im Moment – Stand gestern – 48,7 % Erstimpfungen und 32 % Zweitimpfungen, also vollständige Impfungen, über zehn Millionen insgesamt. Ich weiß, dass inzwischen immer ganz genau auf die Impfquoten geschaut wird, auch unter den Landkreisen und Städten, weil wir auch da Unterschiede haben. Wir sind ein Flächenland, wo es unterschiedlich viele Ärzte gibt. Deswegen ist es immer wichtig, zu schauen, wie wir nachsteuern können und wie wir Unterschiede ausgleichen können, weil alle Bürgerinnen und Bürger in diesem Land gleich wichtig sind. Deswegen versuchen wir, wenn mehr Impfstoff da ist, wieder gemeinsam mit Landkreistag und Städtetag diese Dinge auszugleichen und anzupassen. Ich will mich da ausdrücklich bei Landkreisen und Städten bedanken für diesen wichtigen Beitrag, der da geleistet wird. Wir haben hundert Impfzentren. Deswegen ist es ab und zu mal so, dass Meldungen erst ein bisschen später kommen. Diese Quotenfragen stellen sich dann ein bisschen anders dar, als wenn man nur einen ersten Blick drauf wirft.

Wir hatten zu Pfingsten tatsächlich weniger Impfungen, weil die Ferienzeit war. Pfingstferien gibt es nicht in allen Bundesländern. Wir haben in den Impfzentren einen klaren Fokus auf das Thema Zweitimpfungen gelegt. Jede Zweitimpfung musste garantiert werden und ist garantiert. Deswegen haben wir weniger Erstimpfungen gehabt. Ich gehe davon aus, dass wir das jetzt wieder aufholen, weil wir seit diesen Kalenderwochen wieder mehr Erstimpfungen machen.

Wir haben noch große Herausforderungen für die Zukunft. Die Frage unserer Impfzentren ist ein ganz wichtiges Thema. Ich weiß, dass der Wunsch da ist, diese Zentren weiterzuentwickeln – wenn wir so wollen, als "Impfzentrum 2.0" –, um Kapazitäten vorzuhalten und flexibel und mobil zu sein. Wir werden uns der Frage der Auffrischungsimpfungen stellen müssen: In welchem Intervall sind Auffrischungsimpfungen notwendig? Die vulnerablen Gruppen sind – Gott sei Dank – geimpft. Aber da sind jetzt dann schon wieder sechs Monate rum. Also wird es wieder um die Frage gehen, wie wir un-

sere Alten- und Pflegeheime schützen. Das ist für mich ein ganz wichtiges Thema, dass wir daran denken, die Auffrischungsimpfungen zu machen.

Insgesamt sind wir gut unterwegs mit dem System der Impfzentren, der niedergelassenen Ärzte und der Betriebsärzte. Darauf fußt unsere Impfstrategie. Ich habe gesagt, nach Hochrechnungen sollte es uns möglich sein, dass wir im September 85 % derer, die sich impfen lassen wollen, einen vollständigen Impfschutz verabreichen können. Das ist die Zielvorgabe, die wir gemeinsam anstreben. Ich glaube, dass wir da auf einem guten Weg sind.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage an Sie kommt vom Kollegen Maximilian Deisenhofer.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich möchte etwas zur wissenschaftlichen Begleitung des Pilotprojekts Fußball-EM fragen; so haben zumindest Sie es genannt. Nach meiner aktuellen Kenntnis soll das LGL lediglich statistisch die Inzidenzen während der EM auswerten. Aber vieles bleibt dabei wohl unbeachtet. Zwei Beispiele: Über die FFP2-Maskenpflicht an der frischen Luft und im Stadion kann man trefflich streiten. Aber faktisch wird sie nicht eingehalten. Das hat man auch gestern Abend beim Spiel Deutschland gegen Ungarn wieder gesehen. Viele ungarische Fans haben sich in der Nähe des Landtags versammelt und sind von dort mit MVG-Bussen dicht gedrängt und auch wieder ohne Maske zum Stadion transportiert worden – zum Unverständnis der Bevölkerung, die sich weiter an die Maskenpflicht im ÖPNV hält. Wie werden denn solche Fälle wie in diesen beiden Beispielen wissenschaftlich erfasst und ausgewertet, um daraus dann Schlüsse für eventuell stattfindende weitere Großveranstaltungen in diesem Sommer zu ziehen?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Vielen Dank, Herr Kollege. – Wir haben gesagt, dass das ein Modellversuch ist, weil wir das erste Mal wieder mit so hohen Zuschauerzahlen bei einem großen Sportereignis starten. Das Landesamt für Gesundheit bewertet federführend wissenschaftlich diese Dinge zusammen mit der LMU.

Es gibt schon Studienlagen. Denken Sie nur an die RWI-Studie. Das ist das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, das zusammen mit der Süddänischen Universität einige Daten zu der Frage erhoben hat: Was bedeutet es für die Neuinfektionen, wenn man in einem Stadion am Sitzplatz eine Maske aufhat oder nicht? – Das ist schon einmal eine Grundlage, die man aber hinsichtlich der Qualität noch wissenschaftlich bewerten muss. Aber dies wird natürlich einbezogen.

Zusammen mit den Gesundheitsämtern muss untersucht werden: Ist es zu mehr Neuinfektionen gekommen? Welche Daten haben wir, auch im Zusammenhang mit dem gesamten Hygienekonzept? – Unser Konzept fußt ja nicht nur auf Masken, sondern wir versuchen vor Ort auch, dass schon die Anreise entzerrt ist und dass das Thema "Getestet, genesen und geimpft" eingehalten wird, wenn man ins Stadion kommt. Ich glaube, insofern haben wir schon ein ganz gutes Bündel von Maßnahmen. Man muss jetzt einmal Modellversuche durchziehen. Das Ganze ist nicht so einfach.

Ich habe gestern den ungarischen Block im Fußballstadion gesehen und muss ehrlich sagen: Das war in höchstem Maße unvernünftig und eigentlich nicht akzeptabel. Mich macht das auch ein Stück weit wütend. Ich habe gestern das Gefühl gehabt, dass sich die Fans insgesamt eher an die Maskenpflicht gehalten haben. Natürlich hat der eine oder andere einmal seine Maske abgenommen und etwas getrunken; das wird immer der Fall sein. Aber bei diesem Block hat man gemerkt, die Pandemie ist anscheinend bei manchen nicht mehr vorhanden. Davor muss ich warnen. In Dänemark hat man gesehen, dass bei einem Spiel Neuinfektionen aufgetreten sind und dass die Delta-Variante unterwegs ist.

Wichtig ist der Abwägungsprozess, etwas zuzulassen, aber nach wie vor genau hinzuschauen, wie sich das Ganze entwickelt, und dann die richtigen Maßnahmen treffen.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Eine Nachfrage, bitte schön.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Ich habe eine kurze Nachfrage. Sie haben die aktuellen Studien angesprochen. Das Kabinett hat am Dienstag zum Glück die realitätsferne Stehplatzregelung gekippt. Aber nach dem Rahmenkonzept Sport sind im Innenbereich weiterhin bis zu 1.000 Zuschauerinnen und Zuschauer erlaubt, im Außenbereich aber nur 500. Wie passt das zu den Erkenntnissen der Aerosolforschung, und wann wird es hier eine logische Anpassung durch die Staatsregierung geben?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Man muss sich die einzelnen Studien immer genau anschauen. Das eine ist die Aerosolforschung, und das andere ist die Frage der Tröpfcheninfektion, die noch einmal eine andere ist. Dazu gibt es vom RKI durchaus auch andere Aussagen. Deswegen darf man das Thema Maske nach wie vor nicht unterschätzen. Sie haben, weil Sie da gut unterwegs sind, gestern sicherlich den Virologen Prof. Keppler gehört, der genau das angesprochen und gesagt hat: Die Maske ist noch immer ein wichtiges Instrument.

Zu der Frage nach dem Innen- und Außenbereich: Wie viele Menschen innen zugelassen werden, hängt von der Größe und auch davon ab, ob der Abstand eingehalten werden kann. Das ist der Maßstab. Wir waren uns darüber einig, dass wir außen in Zukunft ein Stück weit mehr zulassen können.

Die jetzige Linie des Ministerrats ist, Maßnahmen zuzulassen, sie zu überprüfen und dann weiterzugehen. Ich halte es für richtig, stufenweise voranzugehen und nicht auf einmal alles aufzumachen und wegfallen zu lassen. Dann darf man sich nämlich nicht wundern, wenn die Zahl der Neuinfektionen in die Höhe schießt. Wir sagen: Wir gehen diesen Weg Schritt für Schritt, überprüfen die Dinge, schauen, was verhältnismäßig ist, ordnen sie ein und fassen dann die richtigen Beschlüsse.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage geht an den Staatsminister für Unterricht und Kultus und wird vom Kollegen Tobias Gotthardt gestellt.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Staatsminister, wir werden an Bayerns Schulen nach dem Angebot der Sommerschule in den Sommerferien im nächsten Schuljahr mit dem breit angelegten und auch finanziell sehr gut untermauerten Programm "gemeinsam.Brücken.bauen" starten und vielfältige Angebote bieten. Meine Frage: Wie ist der Stand der Planungen? Was ist vorgesehen? Was kann man schon über die geplanten Maßnahmen sagen?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die Frage. Das Programm "gemeinsam.Brücken.bauen" ist ganz wichtig. Es geht inhaltlich in drei verschiedene Richtungen.

Wir wollen erstens vorhandene Lernrückstände durch Lernstandserhebungen erfassen – das machen wir gerade – und die Rückstände natürlich wieder ausgleichen.

Das Zweite ist, dass wir genauer untersuchen und uns anschauen, wo es vielleicht zu einem sozialen oder auch psychischen Problem gekommen ist. Dabei werden gerade unsere vielen Schulpsychologen, die wir haben, und auch die Schulsozialarbeiter unterstützend tätig sein.

Das Dritte ist – das ist nicht zu unterschätzen, weil es während Corona Bewegungsmangel, weniger Sport und weniger soziale Kontakte gab –, dass wir ein freizeitpädagogisches Programm zusammen mit dem Bayerischen Jugendring anbieten.

Das sind im Grunde genommen die drei Ziele, die ineinandergreifen und sich gegenseitig ergänzen.

Es gibt auch eine zeitliche Staffelung. Das Programm gibt es schon seit den Pfingstferien. Wir hatten zuerst ein freizeitpädagogisches Programm und machen jetzt in der

Phase zwischen Pfingsten und den Sommerferien gerade auch in den Schulen schon das eine oder andere, beispielsweise Lernstandserhebungen. Wir versuchen aber auch schon, Lernrückstände zu beseitigen.

Wir haben die bereits erwähnte Sommerschule als zweiten Baustein, und zwar zwei Wochen im Sommer, entweder im Block oder eine Woche am Anfang und eine Woche am Ende der Sommerferien. Das wird gut angenommen. Dies ist natürlich ein zusätzlicher organisatorischer Aufwand, gerade für die Schulleiterinnen und Schulleiter. Wir wollten eine große Eigenständigkeit der Schulen vor Ort, damit sie je nach den Verhältnissen vor Ort reagieren können.

Was das Finanzielle, aber auch die Länge anbetrifft: Der größte Baustein ist das nächste Schuljahr. Da greift dann insbesondere das Bundesprogramm. Bis dahin arbeiten wir noch mit bayerischen Mitteln, die wir im Kabinett beschlossen haben. Danach greift das Bundesprogramm in einer Größenordnung von ungefähr 158 Millionen Euro, die wir einsetzen, um diese drei Ziele zu erreichen. Das wird in diesem Jahr noch besonders intensiv sein und bis in das nächste Schuljahr dauern. Ich halte es für sehr sinnvoll, das zu staffeln und immer wieder neu darüber nachzudenken.

Wir sind gerade dabei zu überlegen, wie wir das dort, wo vielleicht der Bund nicht tätig wird, trotzdem auch noch mit bayerischen Mitteln unterstützen werden. Aber das ist dann eine zusätzliche Maßnahme.

Das sind Aufgaben, die uns durch das ganze nächste Schuljahr in unterschiedlicher Intensität begleiten werden.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage richtet sich an Staatsminister Florian Herrmann, den Leiter der Staatskanzlei, und kommt vom Kollegen Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Staatsminister, letzte Woche haben Sie die Maskenpflicht für Schüler noch als geeignet und verhältnismäßig bezeichnet. Jetzt wurde die

Maskenpflicht für Grundschüler aufgehoben. Warum eigentlich nur für Grundschüler? Ist diese Lockerung abermals ein Akt der Willkür, oder gibt es dafür eine nachvollziehbare Datenbasis?

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Plenk, zunächst einmal weise ich die Unterstellung zurück, es handele sich um Maßnahmen der Willkür. Ich habe schon mehrfach erklärt, weshalb das eine Unterstellung ist und warum alle Maßnahmen immer verhältnismäßig sind. Das Gleiche gilt nach wie vor für die Maskenpflicht. Der Kollege Holetschek hat gerade schon dazu Stellung genommen und die Expertise der Professorinnen und Professoren, zum Beispiel Prof. Keppeler etc., genannt. Die Grundlinie lautet immer: Im Innenbereich, vor allem dort, wo viele Menschen auf engerem Raum zusammen sind, ist die Maske absolut sinnvoll und notwendig. Das muss man natürlich immer zu den konkreten Gesamtumständen ins Verhältnis setzen.

Das bedeutet in der aktuellen Phase mit der Gott sei Dank extrem niedrigen Gesamtinzidenz und unter Berücksichtigung der Tatsache, wenn man die Klassenzimmer in den Blick nimmt, dass die Schülerinnen und Schüler zweimal in der Woche getestet werden: Wenn wir nach wie vor den Weg der Vorsicht und der Umsicht beschreiten und jetzt nicht hopplahopp und hektisch sofort alles lockern und sofort überall auf die Maske verzichten, dass wir erst einmal bei den Grundschülerinnen und Grundschülern einsteigen.

Wir haben auch immer gesagt, dass wir eine Woche, zwei Wochen abwarten wollen, um zu sehen, wie sich die einzelnen Maßnahmen entwickeln, um gegebenenfalls schnell nachsteuern zu können. In diesem Zusammenhang ist dann die Entscheidung gefallen, zunächst in Grundschulen auf die Maske zu verzichten, wenn die Schülerin-

nen und Schüler am Platz sind. Ich halte das in der aktuellen Situation für verantwortbar.

Präsidentin Ilse Aigner: Der Kollege Plenk hat eine Nachfrage. Bitte.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Staatsminister, ich habe Nachfragen zur Datenbasis. Gibt es zwischen dem zehnten und elften Lebensjahr ein unterschiedliches Infektionsrisiko? Ist ein Elfjähriger in der vierten Klasse weniger gefährdet oder gefährlich als ein Gleichaltriger in der fünften Klasse? Wie viele Corona-Todesfälle von Kindern und Lehrkräften gab es seit März 2020 in Bayern?

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Frau Präsidentin! Herr Kollege Plenk, anstatt sich konstruktiv an der Bekämpfung der Pandemie zu beteiligen, versuchen Sie seit über einem Jahr mit absurden Beispielen, absurden Vorhaltungen und immer quasi mit dem Argumentum ad absurdum, die Maßnahmen ins Lächerliche zu ziehen.

Man könnte mit der gleichen Berechtigung die Frage stellen, ob sich einen Tag vor oder nach dem 18. Geburtstag oder dem 50. Geburtstag irgendetwas grundlegend ändert. Es gibt bei Regeln, die generell und abstrakt sind, und die in einem Rechtsstaat gelten müssen, Stichtage und Grenzen. Natürlich kann man mit dieser Argumentation vom Nächsten zum Nächsten und wieder zum Nächsten kommen. Das bedeutet dann, dass man innerhalb eines Gesprächs von zehn Minuten bei der Totalöffnung von allem ist. Das ist aber nicht in unserem Sinne, weil wir das für keine vorsichtige und umsichtige Strategie halten.

Man muss schrittweise vorgehen und diese Schritte definieren. Dabei liegt es nahe, die Grund- bzw. Förderschulen als eine Einheit und die weiterführenden Schulen als eine andere Einheit zu betrachten. Diese Differenzierung ist gerechtfertigt und nachvollziehbar. Man könnte natürlich genauso anders differenzieren, aber das würde dann

andere Fragen aufwerfen. Von daher ist es vernünftig, so zu differenzieren sowie schrittweise vorzugehen und dabei bei den Grundschulen zu beginnen und zu überlegen, in welchem Schritt es mit den weiterführenden Schulen weitergeht.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage richtet sich an den Staatsminister für Unterricht und Kultus und kommt von dem Kollegen Gerd Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Herr Staatsminister Piazzolo, Ihre Regierung richtet im Rahmen dieser Corona-Verordnung ein bildungspolitisches Massaker an. Mangelnde Digitalisierung und schlechte Organisation im Distanzunterricht sind in der Corona-Krise seit über einem Jahr Ihr Markenzeichen. Das Ifo-Institut warnt, dass Homeschooling und Distanzunterricht geöffnete Schulen nie ersetzen konnten. Dieses Institut geht von einem durchschnittlichen Verlust des Lebenseinkommens der betroffenen Schüler von 4,5 % aus. Wenn man das auf Deutschland hochrechnet, sind das unfassbare 3,3 Billionen Euro.

Zurzeit sitzen unsere Kinder – wir haben es vorhin gehört – mit Ausnahme der Grundschul Kinder wie seit einem Jahr mit den Masken im Unterricht, und zwar auch bei der jetzigen Sommerhitze, und die Schüler müssen sich nach wie vor regelmäßig testen. Gleichzeitig findet die EM statt und in den Stadien und Biergärten sitzen Tausende von Menschen dicht an dicht ohne eine Masken- und Testpflicht. Warum werden die Kinder in den Schulen völlig anders behandelt als die Fußballfans? Gibt es irgendwelche wissenschaftlichen Studien, die das rechtfertigen? Das Testen und die Masken können nicht Teil der Normalität im Schulunterricht sein.

Letzte Woche sagten Sie – so habe ich das vernommen –, eine Inzidenz von null bedeute nicht, dass das Geschehen auch bei null sei. Ich frage Sie daher: Welcher Istzustand muss erreicht sein, damit die Pandemie für beendet erklärt wird und daran anschließend die Maßnahmen, die nicht normal sind, beendet werden? Gibt es seitens der Staatsregierung dazu eine Zielformulierung, oder kommt ein Ende der Pandemie

in Ihren Überlegungen zurzeit gar nicht vor? Ich glaube, auf diese Fragen schulden Sie den Eltern und den Kindern eine klare Antwort.

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazol (Unterricht und Kultus): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Freistaat Bayern und seine Verfassungsorgane haben eine große Bedeutung. Dennoch können wir im Bayerischen Landtag nicht entscheiden, wann eine Pandemie zu Ende ist, sondern nur bestimmte Parameter für Bayern festlegen.

Ich glaube, dass der Charakter dieser Krankheit und dieser Pandemie – das zeigt auch Ihre Frage – von Ihnen noch nicht begriffen wurde. Es ist eine Krankheit, die sich ständig verändert und bei der man nicht sagen kann: "Wenn das und das eintritt, ist sie vorbei", denn wir erleben immer wieder neue Varianten und neue Entwicklungen. Wir sehen, dass die Inzidenzen in einem Land sinken, während sie in einem anderen Land steigen. Staaten wie Großbritannien und Israel können beim Impfen sehr, sehr beachtliche Erfolge vorweisen. Trotzdem steigen dort die Inzidenzen, weil es wieder neue Entwicklungen gibt.

Insofern sind wir sehr, sehr gut beraten, nicht zu sagen: "Wenn genau das eintritt, erklären wir im Freistaat Bayern die Pandemie für beendet", sondern uns stattdessen immer wieder auf neue Situationen einzustellen. Darüber hinaus können Parameter, die wir jetzt verwenden, um die Inzidenz zu beziffern, in einigen Wochen oder Monaten in der Bedeutung zurückfallen, weil vielleicht andere Parameter an Bedeutung gewinnen. Man muss daher immer wieder nachjustieren. Wir lassen deshalb auch bewusst Vorsicht und Umsicht walten. Gleichwohl besteht auch Anlass zu Zuversicht.

Zuversicht ist etwas, das wir in Richtung der Schulen – darauf hatten Sie mich angesprochen – nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland auch über die Kultusministerkonferenz deutlich zum Ausdruck bringen. Wir wollen Präsenzunterricht, wobei wir nicht einfach sagen können: "Jetzt ist die Pandemie beendet" oder "Wir haben

alles im Griff, und deshalb machen wir das." Aus diesem Grund gehen wir vorsichtig vor und sind aber auch zuversichtlich, weil die Zahlen deshalb jetzt sinken.

Was ich letztes Mal erwähnt habe ist nur, dass eine Inzidenz von null – das zeigt auch schon der Name – sehr, sehr erfreulich ist. Das heißt aber nicht automatisch, dass in dem entsprechenden Landkreis nicht irgendjemand an Corona erkrankt ist, sondern nur, dass keine Person mit Corona festgestellt wurde.

Trotzdem: Jetzt ist es so, dass es mich persönlich sowie viele, viele Schülerinnen und Schüler, die Eltern und die Lehrkräfte freut, dass wir vollen Präsenzunterricht haben, und wir werden alles dafür tun, dass das so bleibt. Gleichzeitig behalten wir die Sicherheit weiter im Auge. Sie haben vorher auch gehört, dass wir für das nächste Schuljahr vieles vorbereiten, um die Sicherheit hochzuhalten, weil wir eben nicht wissen, wie sich die Pandemie im September, im Herbst oder in der Weihnachtszeit entwickelt.

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt eine Rückfrage von Herrn Kollegen Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Herr Piazolo, eine Frage haben Sie nicht beantwortet: Warum werden die Fußballfans und die Schüler so unterschiedlich behandelt? – Ich habe heute Morgen meine Kinder gefragt. Die Grundschüler müssen auch auf dem Schulhof die Masken tragen.

Eine andere Frage: Sie haben richtigerweise gesagt, dass Sie Präsenzunterricht wollten. Das ist gut. Aber können Sie den Kindern und den Eltern irgendwelche Anhaltspunkte nennen, unter welchen Bedingungen Sie im Herbst Präsenzunterricht abhalten werden und wann dies nicht mehr möglich sein wird? Ich habe den Eindruck, dass Sie dafür gar keinen Plan haben und auf Sicht fahren. Können Sie uns sagen, welche konkreten Pläne Sie haben? Ab welcher Inzidenzzahl und bei welchen Vorkommnissen werden Sie wieder vom Präsenzunterricht weggehen? Für viele Eltern und Kinder wäre es interessant, was Sie für das nächste Jahr planen.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Ich gehe auf die letzte Frage ein: Ich möchte gar nicht vom Präsenzunterricht weg. Ich möchte mit den erwähnten Methoden und Mitteln dafür sorgen, dass der Präsenzunterricht sichergestellt werden kann. Es ist aber unredlich, hier Garantien auszusprechen. Wir können nur Ziele formulieren. Das tun wir auch. Wir entwickeln Szenarien, können uns aber nicht hier herstellen und sagen: Das wird im gesamten nächsten Schuljahr so sein. Wir können nur sagen: Wir werden alles unternehmen, um den Präsenzunterricht sicherzustellen. Dafür ist dieses und jenes vorgesehen, und diese und jene Mittel stehen dafür zur Verfügung.

Corona hat uns in den letzten Monaten eines gelehrt: Wir können nicht voraussagen, was in zwei bis drei Monaten sein wird. Wie oft haben Länder schon verkündet: Wir sind Corona-frei. Das galt dann für eine Weile, und dann kam wieder eine Entwicklung. Ich nenne als Beispiel Länder, die sich sehr gut verhalten haben, zum Beispiel Neuseeland und Australien. Die Beispiele Israel und Großbritannien habe ich gerade erwähnt. Auch dort hat man mit einer Variante gerechnet, aber nicht mit dieser. Dieses Virus ist leider ein verdammtes Virus. Es liegt in der medizinischen Natur dieses Virus, dass es sich gerade dann, wenn geimpft wird, weiterentwickelt. Das Virus ist in vielen Teilen unberechenbar.

Ich möchte auf Ihre erste Frage eingehen: Ich stelle klar, auf dem Pausenhof besteht für Grundschüler keine Maskenpflicht. Es gibt nur eine Empfehlung, dort Maske zu tragen. Wer das möchte, kann selbstverständlich die Maske tragen. Es gibt aber keine Maskenpflicht für den Pausenhof der Grundschule. Das gilt auch für die Pausenhöfe aller anderen Schulen. In den Grundschulen gilt bei einer Inzidenz unter 50 auch am Platz im Unterricht keine Maskenpflicht.

Unterschiedliche Sachverhalte werden unterschiedlich bewertet. Das Fußballstadion und der Unterricht sind zwei verschiedene Dinge. Die Kinder sind verpflichtet, den Unterricht zu besuchen. Dagegen muss niemand ins Stadion gehen, wenn er das nicht möchte. Mit der UEFA wurde eine Vereinbarung geschlossen. Hier handelt es sich um

einen Feldversuch für den Umgang mit großen Sportereignissen. Deshalb gibt es dafür unterschiedliche Festsetzungen. In München wurde lange beraten und dann festgelegt, dass dort 14.000 Zuschauer unter ganz bestimmten Bedingungen zugelassen werden können. Der Kernunterschied ist jedoch: Der Unterricht ist eine Pflichtveranstaltung, der Stadionbesuch ist freiwillig. Dort müssen bestimmte Hygienemaßnahmen eingehalten werden. Manchmal werden diese Hygienebestimmungen aber auch nicht eingehalten, was ärgerlich ist. In solchen Fällen versuchen wir entgegenzuwirken.

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Frage kommt von Frau Kollegin Margit Wild.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie wissen, dass für unsere Fraktion die Bildungsgerechtigkeit und die Chancengleichheit eine sehr hohe Priorität haben. Ich denke, Sie stimmen mit mir überein, dass es unter dem Gesichtspunkt der Bildungsgerechtigkeit und der Chancengleichheit durch die Entwicklung in den letzten einviertel Jahren wichtig ist, dass die Umsetzung des "Aufholpakets" der Bundesregierung in Bayern gelingt. Damit sollen Lücken geschlossen und die Kinder wieder auf ein einigermaßen gutes Bildungsniveau gebracht werden.

Sie stehen hier in einer großen Verantwortung. Deshalb frage ich Sie ganz konkret: Welche Unterstützungsmaßnahmen bekommen die Schulleitungen vor Ort? Die Schulleitungen müssen wissen, welche finanziellen Ressourcen sie bekommen werden. Die Schulleitungen wissen aber auch: Geld führt keine Förderung durch und schafft auch kein Personal. Ich möchte wissen, welche Hilfen es gibt und welche personellen und finanziellen Ressourcen den Schulen zur Verfügung stehen, damit dieses große Projekt gelingen kann.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Wild, ich weiß, dass sich Ihre Fraktion für Bildungsgerechtigkeit einsetzt. Das ist gut so. Wir tun das auch. Das ist ein ganz wichtiges Anliegen.

Uns ist bewusst, dass in dem Distanzunterricht, der sehr häufig durchgeführt worden ist, Schülerinnen und Schüler sind, die damit sehr gut zurechtkommen; aber es gibt auch Kinder, die das nicht ganz so gut schaffen. Hier gibt es eine Abstufung: Je älter die Jugendlichen sind, desto besser kommen sie mit dem Distanzunterricht zurecht. Sie können dort selbstständig lernen. Es kommt aber auch auf die Verhältnisse an. Ich will das nicht nur an der sozialen Schichtung festmachen. Vielen Familien geht es finanziell nicht so gut, und sie leben in beengten Wohnverhältnissen. Sie interessieren sich aber sehr für die Bildung ihrer Kinder und tun auch einiges. Hier sind wir unterstützend tätig.

Ich bin für den Präsenzunterricht, da dort nicht nur Bildung vermittelt wird, sondern weil er auch ein sozialer Ort ist. Dort wird dafür gesorgt, dass die Chancengerechtigkeit nicht nur gelobt, sondern auch verwirklicht wird. Deshalb ist der Präsenzunterricht so wichtig. Deshalb ist es auch so wichtig, dass wir mit dem Förderprojekt "gemeinsam.Brücken.bauen" unterstützend tätig sind, um Lücken zu schließen und denjenigen, die sich in der Corona-Krise schwergetan haben, zu helfen. Das gilt sowohl im Hinblick auf die Lernrückstände als auch für psychische und soziale Probleme.

Die Frage ist nur, welchen Weg wir dazu gehen wollen. Sollen wir alles vom Kultusministerium vorschreiben, oder geben wir den Schulen möglichst viel Eigenständigkeit? – Wir müssen beides tun. Viele Schulen haben darum gebeten, dies zielgenau vor Ort zu tun. Bei der Sommerschule und den Brückenkursen haben die Schulen bei der Organisation Eigenständigkeit. Sie kennen die Verhältnisse, die Eltern und die Kinder. Wir unterstützen die Schulen dabei. Ich möchte ein Beispiel nennen: Für die Sommerschule und anderes haben wir ein eigenes Portal.

(Zuruf von der SPD: Sie sind auf die Frage nicht eingegangen!)

– Es kann noch eine Nachfrage gestellt werden. Ich bemühe mich, auf diese Frage einzugehen, und bin auch noch nicht ganz fertig. – Wir haben zur Unterstützung ein Portal eingerichtet, gerade für die Personalgewinnung. Über 1.000 Personen haben sich bereits bei uns registriert. Allen Schulen wird genau mitgeteilt, wie viel an finanziellen Mitteln sie zur Verfügung haben. Es wird ihnen auch erklärt, wie die Verträge über die Regierungen laufen. Ich hatte gestern ein Gespräch über die Umsetzung. Das ist ein Zusammenwirken der Schulen vor Ort, der Schulaufsicht und des Kultusministeriums. Zusätzliches Personal und zusätzliche Mittel sind vorhanden. Der Freistaat Bayern hat für den Zeitraum vom Beginn der Pfingstferien bis zum Ende der Sommerferien 20 Millionen Euro eingesetzt. Über das Bundesprogramm wurden 158 Millionen Euro bereitgestellt, die wir mit bayerischen Mitteln aufstocken werden. Diese Größenordnung kann sich durchaus sehen lassen.

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Rückfrage von Frau Kollegin Wild.

Margit Wild (SPD): Wir werden das sehr genau beobachten. Wir sind immer für die Selbstständigkeit der Schulen gewesen. Ich habe aber ein bisschen den Eindruck bekommen, dass Sie den Schulleitungen und Schulen immer dann Eigenständigkeit und Selbstständigkeit gewähren, wenn es kompliziert wird, nämlich bei der Personalgewinnung.

Jetzt zu einer anderen Geschichte: Die Sommerschulen wurden vorhin schon angesprochen. Herr Minister, sind Sie der Meinung, dass man die Sommerschulen nicht überbewerten und demzufolge die Erwartungen nicht zu hoch hängen darf? Sind Sie sich, wenn Sie dem so zustimmen, darüber im Klaren, wie dies auf die Schulleitungen wirkt, nämlich demotivierend? – Sie organisieren das jetzt. Daher finde ich es etwas schwierig, wenn Sie eine solche Äußerung treffen, wie dies im letzten Bildungsausschuss geschehen ist.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Zur ersten Frage: Wir betreiben im Kultusministerium sehr viel und sehr intensiv Personalplanung. Die Schulleitungen vor Ort erfahren dadurch eine wesentliche Unterstützung. Die Grundpersonalplanung findet nicht bei den Schulen vor Ort statt. Für den gymnasialen Bereich und die Realschulen wird dies im Ministerium gerade jetzt in den Sommermonaten im Juni, Juli und August bis in den September hinein sehr intensiv bearbeitet, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, die andere Systeme haben. Hier tun wir im Kultusministerium sehr viel in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Schule und den Regierungen. Nichtsdestoweniger gibt es auch während des Schuljahres ergänzende Maßnahmen durch die Schulleiter, gerade bei den Drittkräften und Drittmitteln, die eingesetzt werden. Dies ist ein Zusammenspiel. Ähnlich findet dies jetzt auch zu Recht bei den Sommerschulen statt.

Ich will nur ein Beispiel erwähnen: Es ist sinnvoll und zielgenau, dass, wenn in einem Bereich vielleicht die Englischlehrerin in Quarantäne war oder wegen Schwangerschaft ausgefallen ist und man dort deshalb Nachholbedarf hat, die Schule vor Ort dies feststellt und nicht wir als Kultusministerium von oben herab vorschreiben: In der Sommerschule muss unbedingt Englischunterricht in dieser und jener Größenordnung gegeben werden. Stattdessen ist es zielgenau, dies in der einzelnen Schule festzulegen. Dann ist es auch hilfreich. Dann können sie sich auf unserem Portal jemanden aussuchen, der hier passt. Natürlich kann es aber sein, dass die Lehrkraft nach ihrer Schwangerschaft wieder bereit ist, zu kommen. Natürlich bedeutet dies im Moment auch mehr Arbeit für die Schulleitungen. Das wissen wir, aber es ist zielgenauer und eine Ergänzung in Zusammenarbeit mit dem Ministerium.

Jetzt zur zweiten Frage: Ja, ich habe diese Einordnung im Bildungsausschuss vorgenommen, weil andere die Sommerschule als das Einzige und das Wichtigste gewertet haben, um Lernrückstände auszugleichen, und diese Bewertung gleichzeitig mit der Frage verbunden haben, wie man denn die Vorstellung haben könnte, in zwei Wochen alles nachzuholen. Daraufhin habe ich gesagt: Diese Vorstellung haben wir nicht, son-

dern dies ist im Grunde genommen ein Teil einer langen Entwicklung. Die Sommerschule ist sinnvoll, aber man sollte sie nicht überbewerten. Jetzt wird dies umgedreht und gefragt: Wenn ich das nun einordne und nicht überbewerte, ist es dann nicht völlig falsch, das zu tun, weil dann alle demotiviert sind? – Nein. Also, man muss sich festlegen. Das ist so, als ob ich zu einem Schüler sagen würde: Die nächste Probe ist wichtig, aber da man in der vierten Klasse Grundschule 18 Proben hat, bewerte sie nicht über; denn danach kommt die nächste. Natürlich kann man dann feststellen, der Schüler wird dadurch demotiviert, und fragen, warum sagt man ihm nicht: Das ist für dein ganzes Leben entscheidend?

Wir müssen ein bisschen abwägen. Es gibt nicht das eine oder das andere. Sommerschule ist wichtig. Es ist gut, dass wir sie haben, aber das ist doch selbstverständlich. Wir haben jetzt 15 Monate Pandemie hinter uns. In den Schulen hatten wir Zeiten, in denen wir Präsenzunterricht hatten. Im letzten Schuljahr waren dies elf Wochen ab dem Ende der Sommerferien bis Weihnachten. Es gab aber auch lange Zeiten, in denen wir keinen Präsenzunterricht, sondern guten Distanzunterricht hatten. Jetzt zu glauben, dass man in zwei Wochen alles hinbekommt, ist falsch. Deshalb ging es mir um die Feststellung: Diese Sommerschule ist ein Teil eines Gesamtprogrammes, auch finanziell, wichtig und gut, aber freiwillig. Deshalb sollte man diese nicht über-, aber auch nicht unterbewerten. Beides tue ich nicht. Ich versuche, dies in ein richtiges Maß zu bringen, indem ich Fakten und Zahlen nenne und diese in ein Verhältnis setze. Wenn wir im Gesamtprogramm ein Volumen von ungefähr 200 Millionen Euro haben und davon vielleicht ein Zwanzigstel für die Sommerschule einsetzen, wird deutlich, dass die Sommerschule eingebettet und nicht unwichtig, sondern wichtig ist und dass wir sie durchführen sollten. Jeder sollte motiviert sein, sie entsprechend umzusetzen. Es gibt aber auch andere Mittel und andere Programme, die das gleiche Ziel haben und unterstützen.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage geht an die Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr und kommt von Herrn Kollegen Sebastian Körber.

Sebastian Körber (FDP): Frau Staatsministerin, Corona wirkt für viele Bereiche wie ein Brandbeschleuniger, auch für die Themen Mieten, Immobilienpreise und Wohnen. Daher lautet meine konkrete Frage: Wie trägt denn das Baulandmobilisierungsgesetz – wir hatten dazu am Dienstag eine Anhörung im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr, bei der dieses von mehreren Expertinnen und Experten als etwas Positives dargestellt wurde – aus Ihrer Sicht dazu bei, beim Thema der hohen Bau-, Immobilien- und Mietpreise Abhilfe zu schaffen, gerade im Hinblick auf die Verschärfung durch Corona und die soziale Verantwortung, die wir hier haben? Haben Sie denn vor, diese sogenannten Kann-Ermächtigungen beim Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen anzuwenden? Sie persönlich und auch die CSU-Landfraktion haben sich öffentlich dagegengestellt. Werden Sie das Gesetz nun trotzdem umsetzen? – Dies wären zunächst einmal meine ersten Fragen.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Staatsministerin, bitte.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Körber, selbstverständlich wendet Bayern Bundesgesetze an. Dies steht außer Frage. Ich muss nicht mit allem, was vom Bund kommt, zu 200 % einverstanden sein. Aber wenn der Bund entscheidet, dass er das Baulandmobilisierungsgesetz einführt, entspricht es der Logik, dieses anzuwenden. Wir werden natürlich sehen, an welcher Stelle es spezielle bayerische Belange gibt. Kürzlich ist alles in Kraft getreten. Jetzt werden wir unseren Teil dazu beitragen. Anschließend muss man betrachten, was in welchen Gebieten passiert. Dazu muss man mit den Kommunen sprechen. Wir werden mit dem Ergebnis ab dem Zeitpunkt, an dem alle Informationen vorliegen, umgehen. Dies steht außer Frage. Sie dürfen versichert sein, dass wir in allen Bereichen den Aspekt Corona einbringen. Wie Sie den Zusammenhang zwischen Corona und dem Baulandmobilisierungsgesetz herstellen, habe ich zwar noch

nicht ganz verstanden, aber wir werden jedes Gesetz, das aus Berlin kommt, umsetzen. Wir werden überall dort, wo wir eigene Möglichkeiten haben, gemeinsam mit den Kommunen besprechen, wie wir diese ausgestalten.

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Rückfrage des Kollegen Körber.

Sebastian Körber (FDP): Ich hatte versucht, den Kontext für Sie herzustellen. Es gab eine Anhörung im Landtag, bei der dies thematisiert worden ist. Offenkundig haben Sie sich damit inhaltlich leider nicht auseinandergesetzt. Das finde ich sehr bedauerlich.

Vor dem Hintergrund der durch Corona verschärften Situation habe ich eine weitere Nachfrage, wenn Sie hier schon keine Aspekte beim Baulandmobilisierungsgesetz sehen: Es gibt ein staatliches Wohnungsbaunternehmen, die BayernHeim. Dort werden in der Neuvermietung – ich betone: in der Neuvermietung – in München Mieten in Höhe von 10,14 Euro und in Nürnberg Mieten in Höhe von 9,40 Euro generiert. Diese Mieten liegen zwei bzw. einen Euro über den Neuvermietungen der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften. Die Zahlen liegen vor. Daher die Frage: Was trägt denn – Corona verschärft die Mietsituation – die BayernHeim überhaupt dazu bei, dass das Bauen und die Wohnungskosten für Mieterinnen und Mieter günstiger werden, gerade in der Zeit nach Corona, in der dies aus sozialer Verantwortung dringend notwendig wäre?

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr): Herr Körber, ich finde Ihre Unterstellung, womit ich mich auseinandergesetzt oder nicht auseinandergesetzt habe, spannend; denn dies können Sie überhaupt nicht beurteilen. Ich kann Ihnen nur zurückmelden: Die Frage der Mieten wird zwar durch Corona verschärft, aber die Grundfrage ist schon immer vorhanden gewesen. Ihre Frage hat mit Corona – ehrlich gesagt – sehr wenig zu tun. Ich weiß auch nicht, woher Sie die Zahlen nehmen; denn diese Zahlen sind uns im Ministerium nicht bekannt. Ich habe mich sehr wohl informiert. Die letzten Zahlen, die es zur Frage der Miethöhen gibt, stammen aus

dem Jahr 2019. Damals hat es die Corona-Krise bekanntlich noch nicht gegeben. Man muss sehen, mit welchen Zahlen man an dieser Stelle arbeitet und was man hier tut. Sie wissen, dass wir in Bayern mit der Stadibau und mit dem Siedlungswerk Nürnberg verschiedene Wohnungsbaugesellschaften haben, mit denen wir versuchen, Wohnraum für Menschen zu schaffen. Wir tun dies, gerade auch mit BayernHeim, im Hinblick auf die Tatsache, dass es um Menschen geht, die sich den entsprechenden Wohnraum sonst nicht leisten könnten.

Wir sind da gut auf dem Weg. Sie können jedes Mal sagen, wir könnten besser sein, da haben Sie völlig recht. Wir können immer in allem besser sein. Ich würde mir aber schon sehr wünschen, dass Sie nicht mit Unterstellungen arbeiten, sondern mit den Fakten. Die Fakten sind: Wir machen unseren Job, wir bringen die Sache voran. Die Zahlen, die uns vom VdW – Verband bayerischer Wohnungsunternehmen – vorliegen, sind aus dem Jahr 2019. Die haben also mit Corona überhaupt nichts zu tun.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Die nächste Frage kommt von Herrn Kollegen Josef Schmid.

Josef Schmid (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Staatsministerin! Über manche Frage muss man sich tatsächlich wundern, zumal wenn die Fakten nur teilweise dargestellt werden. In München gibt es das Konzept "Soziale Mietobergrenzen", das hat Herr Kollege Körber gerade zitiert, es gibt aber vor allem auch den preisgedämpften Mietwohnungsbau. Da liegen die Mieten bei 14 Euro pro Quadratmeter. Eine Miete von 10 Euro pro Quadratmeter ist immer noch unschlagbar gut, wenn man die Mieten auf dem freien Markt betrachtet, die bei 18 bis 20 Euro pro Quadratmeter liegen.

Damit sind wir auch schon beim Thema Innenstädte, Ballungszentren, und das betrifft alle Städte in Bayern. Meine Frage richtet sich an Sie, sehr geehrte Frau Staatsministerin, und zwar im Hinblick auf den Sonderfonds zur Belebung der Innenstädte in Höhe von 100 Millionen Euro. Ich habe es super gefunden, dass die Bayerische

Staatsregierung und damit auch Sie, Frau Ministerin, schon sehr früh im Rahmen der Bewältigung der Folgen von Corona den Blickwinkel auf die Innenstädte gerichtet haben. Es gab einige Besprechungen. Heute würde mich deshalb interessieren, wie diese Mittel dazu beitragen können, die Folgen der Pandemie abzumildern, und vor allem: Gibt es bereits eine Rückmeldung aus den Kommunen, und wenn ja, wie ist die?

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Wohnen, Bau und Verkehr): Danke für die Frage; denn es ist doch genau der Punkt, dass wir wegen Corona handeln müssen, handeln wollen, und das auch tun. Im Rahmen der Städtebauförderung sind wir in erheblichem Maß für die Ertüchtigung der Innenstädte zuständig. Das sind wir schon immer, aber nun, mit Corona, stellen sich neue Herausforderungen. Ich habe deshalb einen Runden Tisch ins Leben gerufen. An diesem Runden Tisch arbeiten dankenswerterweise der Wissenschaftsminister, der Wirtschaftsminister und der Innenstaatssekretär mit. An dieser Stelle möchte ich mich auch ganz herzlich bei den Kollegen bedanken. Natürlich kann jeder fragen: Wer ist wo oder wie zuständig? – Oder man macht es ganz einfach. Wir haben uns Gott sei Dank nicht über Zuständigkeitsfragen unterhalten, sondern wir haben einfach losgelegt. Der Runde Tisch ist wirklich ein Erfolgsprojekt, weil wir über die Ministerien hinweg unsere Kräfte bündeln und nicht jeder nur schaut, wo er seinen Pflock einrammen kann.

Die Ertüchtigung der Innenstädte hat mehrere Aspekte. Auf der einen Seite müssen wir überlegen, wie wir wieder mehr Leben in die Innenstädte bekommen. Viele haben bei den Geschäften online bestellt. Nun müssen wir schauen, wie wir das wieder drehen können. Drehen können wir es dann, wenn die Innenstadt zu einer Art Event, zu einem Erlebnis wird, wo man gerne hingehet, wo man Kaffee trinkt, wo man sich gerne aufhält. Da sieht man dann vielleicht gegenüber ein Geschäft, in das man doch noch einmal hineinschauen möchte. Dazu leistet auch das Wissenschaftsministerium einen Beitrag, und das darf ich jetzt an dieser Stelle sagen, lieber Bernd Sibling; denn es geht auch um die Frage: Was können die Künstler dafür tun, wie können wir diesen Event-

charakter erreichen? – Unser Bereich ist dann wieder der Aspekt Architektur, Bau und Belebung.

Wir haben die Städtebauförderung. Wir haben kein neues Geld in die Hand genommen, sondern wir haben aus der Städtebauförderung heraus 100 Millionen Euro gebunden. Wir haben gesagt, man kann nicht immer mehr Geld fordern, sondern man muss mit dem, was man an dieser Stelle hat, etwas machen. Wir haben einen Schwerpunkt bei der Innenstadtbelebung gesetzt. Dort wollen wir ganz gezielt Events fördern oder, wenn Leerstand besteht, dann soll die Gemeinde etwas vorübergehend anmieten können. Es geht darum, die Gemeinde zu befähigen, zu entscheiden, was sie an dieser Stelle tut. Ich glaube, da sind wir sehr gut unterwegs. Wir haben jetzt 292 Anträge. Die werden gerade geprüft. Dann muss man schauen, was ist in diesem Rahmen möglich. Wir haben die Förderkulisse höher angesetzt. Wir haben gesagt: Wir fördern 80 % – bei Finanzschwachen sogar 90 % –, weil wir hier wirklich schnelle Hilfe leisten können.

Durch Corona sind ganz andere Situationen entstanden. Neben der Frage der Wirtschaftlichkeit geht es mir auch um eine gesellschaftspolitische Frage. Es geht darum, ob wir uns als Gesellschaft in der Innenstadt noch begegnen, ob wir einander treffen, mit Einhaltung der Abstände, die wir nun einmal halten müssen. Es wird auch auf die Gesellschaft eine Auswirkung haben, wenn sich jeder nur zurückzieht, wenn wir keine Begegnungen mehr haben. Die Innenstädte profitieren massiv davon. Die Rückmeldungen sind sehr, sehr gut. Die Kommunen sind sehr froh, dass wir helfen. Alle Verbände machen mit: der Handelsverband, der Bayerische Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA, die Künstler. – Alle machen mit. Das Ziel muss es sein, die Innenstädte zu ertüchtigen und zu beleben, damit es nach Corona nicht schlechter aussieht als davor, und am besten ist es, wenn es danach besser aussieht als davor.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Die nächste Frage richtet sich an das Wissenschaftsministerium und wird von Frau Kollegin Verena Osgyan gestellt.

Verena Osgyan (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Bernd! Die Staatsregierung und auch das Wissenschaftsministerium haben öfter betont, dass es im kommenden Wintersemester möglichst viel Präsenzlehre an den Hochschulen geben soll. Das ist natürlich sehr wünschenswert, das begrüßen wir an dieser Stelle auch. Heute haben wir aber wieder ganz eindringlich von den Delta-Varianten gehört. An den Hochschulen ist man sich auch einig, dass das Wintersemester nach drei Digital-Semestern kein ganz normales Semester werden kann.

Unserer Ansicht nach müssten jetzt die Impfungen der Studierenden stattfinden, damit die Lehre ab dem Herbst wieder in Präsenz stattfinden kann. Aber anstatt von Initiativen der Staatsregierung zu hören, erfahren wir, dass Fachschaften, beispielsweise in Ansbach, das nun in Eigenregie in Angriff nehmen. Ich möchte deshalb fragen: Welche Vorkehrungen trifft die Staatsregierung, damit das Wintersemester wirklich in Präsenz stattfinden kann? Sehen Sie nach wie vor keine Notwendigkeit für Impfkontingente für Studierende?

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Sehr geehrte Frau Kollegin, danke für diese freundlich formulierte Frage. Wir sehen selbstverständlich Notwendigkeiten, dass junge Menschen geimpft werden. Durch die Freigabe der Impfpriorisierung und die zeitlichen Pläne, die vorgegeben worden sind, können wir davon ausgehen, dass die Frage, wer alles zum Impfen gehen wird, im Oktober und November leichter zu beantworten ist. Immerhin steht die Aussage im Raum, alle, die geimpft werden wollen, sollen bis zum September, Oktober ein Impfangebot bekommen bzw. geimpft werden. Insofern hilft uns das an dieser Stelle. Auf der anderen Seite haben wir natürlich schon staatsregierungsintern Initiativen gestartet, damit wir entsprechende Kontingente bekommen. Wir haben noch keinen Haken dahinter, aber dass das ein Thema ist, das ist vollkommen klar.

Ich will hier nichts ankündigen, sondern ich will Ergebnisse präsentieren. Deshalb begrüße ich ausdrücklich die Initiativen der Studierenden in Ansbach und in Augsburg, die leider nur mit sehr kleinen Kontingenten unterwegs sind. Wir haben, anders als das beispielsweise in Thüringen der Fall ist, 400.000 Studentinnen und Studenten. In Thüringen ist die Zahl der Studierenden sehr viel kleiner. Das heißt, wir brauchen auch sehr viel größere Zahlen. Herr Kollege Holetschek hat zuvor mehrfach dargestellt, dass der beschränkende Faktor noch immer die Zahl der zur Verfügung stehenden Impfdosen ist. Es ist vollkommen klar, dass wir uns mit dem Thema beschäftigen. Wir arbeiten auch intensiv daran. Wir verkünden Ergebnisse dann, wenn wir sie haben; wir kündigen nicht nur an.

Präsidentin Ilse Aigner: Noch eine Rückfrage? – Bitte.

Verena Osgyan (GRÜNE): Ich muss gestehen, so ganz befriedigt mich das an dieser Stelle nicht. Ich würde gerne schon jetzt Ergebnisse sehen, anhand derer man sieht, welche Programme aufgelegt werden. Nichtsdestoweniger frage ich: Wird frühzeitig eine Verlängerung der Nachteilsausgleiche für die Studierenden in Angriff genommen? – Die laufen jetzt zum Sommersemester aus. Ich glaube, uns allen ist klar, dass das Wintersemester kein normales Semester sein wird. Ich fand es schon in den letzten drei Semestern schwierig, dass der Nachteilsausgleich immer erst kurz vor knapp beschlossen wurde. Mittlerweile müsste man doch daraus gelernt haben. Wenn man jetzt rechtzeitig eine Gesetzesinitiative in den Landtag einbringen will, dann wären nur noch wenige Tage Zeit. Wie schaut es denn da aus?

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): In der breiten Diskussion in den letzten Monaten ist doch immer wieder deutlich geworden, dass wir dann, wenn es die Situation erfordert, die erfolgreichen Maßnahmen weiter verlängern werden. Das betrifft den Nachteilsausgleich, die BAföG-Fragen. Dafür sind wir ausdrücklich gelobt worden, weil das längst nicht alle Bundesländer tun. Das will ich schon auch einmal in den Mittelpunkt stellen. Ich glaube, es sind nur einige wenige Bundesländer,

fünf oder sechs, ohne Anspruch auf die Vollständigkeit und die Korrektheit der Zahlen erheben zu wollen.

Wir sind also gut dabei, und wenn es notwendig sein sollte, dann werden wir das selbstverständlich verlängern. Dessen können die Studentinnen und Studenten absolut sicher sein. Wie im letzten Jahr werden wir Ende des Sommers, so Anfang September, erneut die Vizepräsidenten für Lehre ins Ministerium einladen, um die didaktischen und die technischen Fragen diskutieren zu können für den Fall, dass wir ein eher digitales Semester oder Teilangebote brauchen. Das muss vernünftig laufen. Wir müssen uns auch mit hybriden Formaten auseinandersetzen. Ich darf Sie beruhigen, in den letzten Tagen fand die Klausur von Hochschule Bayern statt. Das waren Themen, die wir dort diskutiert haben. In der nächsten Woche ist die Klausur von Universität Bayern. Ich werde das auch mit den Kunsthochschulen besprechen. Das alles sind Themen, die derzeit im Tagesgeschäft mit Hochdruck bearbeitet werden. Sie werden entsprechende Antworten bekommen.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage richtet sich an den Wirtschaftsminister und kommt von Herrn Kollegen Manfred Eibl.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrter Herr Staatsminister! Die ersten Bundesländer sind schon seit der letzten Woche in Ferien. Mit Berlin und Brandenburg haben wir zwei weitere, die heute in die Sommerferien starten. Bayern ist Tourismusland. Für Bayern ist der Tourismus ein wirklich großer Wirtschaftsfaktor. Wie steht es um den Bayerntourismus nach dem langen Lockdown? Wie ist er in die Hochsaison gestartet? Vor allem, wie stellen sich die Erwartungen an den zweiten Corona-Sommer dar?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Danke für diese Frage. – Die Tourismussaison des Sommers steht vor der Tür, und die Erwartungshaltung an die Politik ist natürlich groß. Zunächst einmal können wir mit Freude feststellen, dass die Kundschaft, die Gäste die jetzt geöffnete Außen- und In-

nengastronomie annehmen. Endlich besteht auch die Möglichkeit, Familienfeiern und dergleichen durchzuführen, wenn auch in überschaubarem Rahmen und mit vielen Konzepten. Diese funktionieren aber und werden akzeptiert. Die wirtschaftliche Basis der Gastronomen beginnt sich also wieder zu festigen. Sie haben ja sehr große Schäden hinnehmen müssen.

Jetzt geht es darum, die Dinge auch auszunutzen, die wir schon erlaubt haben. Ich appelliere deshalb auch an die Kommunen und die Verbände draußen, die Möglichkeit der Veranstaltung von Märkten zu nutzen, die wir jetzt eröffnet haben. Märkte sind mit derselben Besucherzahl erlaubt, die auch für Geschäfte im Innenbereich gilt. Bis 800 Quadratmeter ist ein Besucher pro 10 Quadratmeter erlaubt; darüber hinaus werden weitere 20 Quadratmeter für einen weiteren Gast benötigt, ohne Obergrenze. Antiquitätenmärkte und Märkte vor Ort können also abgehalten werden.

Die Tourismusbranche zeigt sich in puncto Übernachtung ähnlich wie letztes Jahr. Hier werden die ländlichen und kleinen Strukturen besser angenommen als die großen Hotels in den Städten und der Städtetourismus. Dieser leidet nach wie vor an Besuchermangel. An der Stelle ist auf dem Land deutlich mehr los.

Sie haben nach den Erwartungen gefragt. Ich hatte gestern ein Gespräch mit Vertretern der Schausteller und Marktkaufleute, mit Kommunalvertretern und der DEHOGA, was in den nächsten Wochen in puncto Tourismus möglich sein sollte. Hier ist natürlich die große Erwartungshaltung – und einige Länder haben ja schon Daten genannt –, dass man auch die Nachtgastronomie, Bars, Clubs und Diskotheken, öffnet. Dazu werden wir in der Staatsregierung in den nächsten Wochen Gespräche führen. Ich hoffe, wir werden zu positiven Ergebnissen kommen und Vorgaben definieren, unter denen wir die Nachtgastronomie öffnen können. Auch das ist ein Faktor für den Tourismus, ebenso wie das Thema der kleinen Volksfeste.

Auch für diese brauchen wir Vorgaben. Wie können wir Bierzelte, vielleicht zeitlich beschränkt, zulassen und mit wie vielen Gästen an einer Garnitur? Müssen diese

geimpft, getestet oder genesen sein? Sind dann Fahrgeschäfte erlaubt? – Planungssicherheit soll gegeben werden. Die großen Volksfeste sind ja mittlerweile überwiegend abgesagt. Auf die werden wir nicht mehr groß setzen können. Aber das eine oder andere kleinere Volksfest kann ich mir vorstellen.

Das ist die Erwartungshaltung aus der Szene heraus, und ich unterstütze sie auch politisch und wirtschaftlich gesehen. Sollten die Zahlen, was wir alle hoffen, so niedrig bleiben, halte ich es auch für verantwortbar, dass wir das eine oder andere kleine Volksfest heuer doch noch erleben dürfen. Das ist dann etwas anders als in der Vergangenheit, wahrscheinlich ohne Barbetrieb und dergleichen. Aber vielleicht werden die Volksfeste damit wieder ein bisschen auf die Wurzel zurückgeführt: nicht Diskoparty im Volksfestzelt, sondern ein normales, vielleicht etwas familiäreres Geschehen. Wenn wir in diese Richtung gehen, dann ist der Gastronomie und dem Tourismusland Bayern geholfen. Dann nehmen wir die Leute auf diesem Weg mit in einen hoffentlich nicht wiederkehrenden Corona-Herbst und realisieren jetzt im Sommer diese Dinge.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Damit ist die Befragung der Staatsregierung beendet.